

DEUTSCHER  
PFLEGEVERBAND  
(DPV) E.V.

## In dieser Ausgabe:

- 1 \_ Editorial
  - \_ Neuer Expertenstandard
- 2 \_ Ausbildungs- und Qualifizierungsoffene Altenpflege
- 3 \_ Hessen wirbt in Madrid um spanische Pflegekräfte
  - \_ Entschließung NRW Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit
- 4 \_ Patientenrecht vom Bundestag verabschiedet
- 5 \_ Urteil: Urlaubsanspruch trotz langer Krankheit
  - \_ 20 Jahre Landesfrauenrat RLP
- 6 \_ Veranstaltung
  - \_ Jubilare
- 7 \_ DPV – ganz nah
- 8 \_ Altenpflege 2013 in Nürnberg



Ausgabe 1

Januar 2013

## Editorial

### Wird 2013 das Pflegejahr?

Liebe Mitglieder,  
liebe Interessierte,

mit dem Jahreswechsel sind viele Baustellen der pflegerischen Versorgung geblieben. Hoffen wir auf den wirklichen Ruck in der Wahrnehmung zur politischen Handlungsnotwendigkeit. Der bereits begonnene Wahlkampf zur Bundestagswahl und die anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen bieten umfangreiche Möglichkeiten, die Wahlprüfsteine aus dem Bereich der Pflege an die Politik zu richten. Die akute Personalnot in allen

pflegerischen Versorgungsbereichen und der perspektivische Fachkräftemangel sind Punkt 1 auf unserer Agenda.

Der jüngst veröffentlichte Krankenhausreport der AOK mit den steigenden Operationszahlen und Klinikaufenthalten belegt vor dem Hintergrund von 50.000 abgebauten Fachkräften in Krankenhäusern die Explosivität in der pflegerischen Versorgung.

Hoffen wir, dass in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und

Mecklenburg Vorpommern, die inzwischen von der Politik beförderte Forderung der Einrichtung zur Pflegekammer Realität wird.

Ihnen für das Neue Jahr Gesundheit, Freude und Erfolg mit einem herzlichen Glück auf sowie herzlichen Grüßen

Ihr



Rolf Höfert  
Geschäftsführer

## Neuer Expertenstandard „Erhaltung und Förderung der Mobilität“ wird entwickelt

(Berlin) Die Vertragsparteien nach § 113 SGB XI haben am 22.11.12 beschlossen, einen Expertenstandard zum Thema „Erhaltung und Förderung der Mobilität von Pflegebedürftigen“ entwickeln zu lassen. Viele kranke und pflegebedürftige Menschen können sich nicht oder nur stark eingeschränkt bewegen. Mobil zu sein, trägt aber für Pflegebedürftige entscheidend zur Gesundheit und Lebensqualität bei. Die Möglichkeiten für Pflegekräfte, darauf positiv Einfluss zu nehmen, sind vielfältig. Daher haben sich die Vertragspartner entschlossen, die Entwicklung des ersten Expertenstandards nach § 113a SGB XI diesem Themenbereich zu widmen. Damit wird der Weg eröffnet, sich gezielt der Situation in Pflegeeinrichtungen zuzuwenden und neben den fachlichen Anforderungen sowohl den Wirkungsgrad als auch die finanziellen Folgewirkungen zu berücksichtigen.

Ab Februar 2013 soll ein entsprechender Auftrag an ein pflegewissenschaftliches Institut vergeben werden. Dieses soll bis Anfang 2014

den Expertenstandard entwerfen. Der vorgelegte Entwurf wird dann im Rahmen einer Fachkonferenz der Fachöffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Bevor der Expertenstandard für alle Pflegeeinrichtungen verpflichtend eingeführt wird, ist vorgesehen, ihn zunächst im Rahmen eines Modellprojektes zu testen.

Im Vorfeld zu der Entscheidung für den Expertenstandard haben die Vertragspartner die im Gesetz genannten Institutionen (z. B. Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen pflegebedürftiger und behinderter Menschen, unabhängige Sachverständige, Verbände der Pflegeberufe) um Themenvorschläge für Expertenstandards gebeten. Dieser Bitte sind 18 Institutionen bzw. Personen gefolgt, insgesamt lagen 57 Themenvorschläge vor, neun Themenbereiche wurden mehrfach genannt. Bei der Auswahl eines geeigneten Themas wurde externer pflegewissenschaftlicher Sachverständiger hinzugezogen. Der Entscheidung für das Thema „Mobilität“ waren intensive Beratungen der Vertragspartner vorausgegangen.

### Hintergrund

Expertenstandards sind wissenschaftlich fundierte Instrumente, die zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege beitragen. Sie zeigen Pflegekräften auf Grundlage pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse und pflegepraktischer Erfahrungen Handlungskorridore z. B. bei der Risikoeinschätzung oder den zu ergreifenden Maßnahmen auf. Erfahrungen mit Expertenstandards haben gezeigt, dass sie entscheidend zur Systematisierung der Pflegepraxis in den stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten beitragen.

Vertragsparteien nach § 113a SGB XI sind u.a. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe und GKV-Spitzenverband.

Nähere Info: [www.gkv-spitzenverband.de](http://www.gkv-spitzenverband.de)

## Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

(Berlin) Verständigung zwischen Ländern und Bundesagentur für Arbeit macht den Weg zum ersten, bundesweiten Ausbildungspakt für den Bereich der Altenpflege frei.

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege hat die Bundesregierung unter Federführung des für die Altenpflegeausbildung zuständigen **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** mit Beteiligung des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)**, des **Bundesministeriums für Gesundheit (BMG)** und des **Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)** im vergangenen Jahr die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ gestartet. In einer auf Fachebene eingesetzten Arbeitsgruppe wurden für zehn Handlungsfelder konkrete Zielvereinbarungen entwickelt, durch die die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege gefördert und die Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes erhöht werden soll.

Nachdem die übrigen Partner der Initiative bereits im Sommer ihre Zustimmung zum ersten Ausbildungspakt für den Bereich der Altenpflege signalisiert hatten, wurde in einem Spitzengespräch am 22. November 2012 im **Bundesfamilienministerium** in Berlin eine abschließende Verständigung zwischen den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit über den letzten noch offenen Punkt - die Ausgestaltung von Ausbildungsverkürzungen bei beruflichen Weiterbildungen - erreicht.

**Bundesfamilienministerin Kristina Schröder** äußerte sich erleichtert: „Wir haben einen Durchbruch erzielt, der helfen wird, den Fehlbedarf an Pflegekräften in den kommenden Jahren deutlich zu redu-

zieren“, sagte sie in Berlin. Ihr **Staatssekretär Lutz Stroppe**, der die Verhandlungen geführt hatte, ergänzte: „Ich freue mich, dass mit der Verständigung zwischen den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit der Weg zum ersten, bundesweiten Ausbildungspakt für den Bereich der Pflege frei ist. Alle Partner der Offensive werden jetzt noch einmal abschließend eingebunden, dann müssen wir so schnell wie möglich mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen. Der wachsende Fachkräftemangel in der Altenpflege macht ein gemeinsames Handeln aller für diesen Bereich verantwortlichen Akteure dringend erforderlich. Die Altenpflege ist ein stark wachsender Dienstleistungssektor mit hervorragenden beruflichen Perspektiven. Gute Pflege ist ohne gut ausgebildetes und motiviertes Personal nicht möglich. Mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive haben sich Bund, Länder und Verbände auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, mit dem die Ausbildungszahlen über die Laufzeit des Ausbildungspaktes von drei Jahren jährlich um 10 Prozent gesteigert werden sollen.“

Für die Länder waren an den Verhandlungen die Amtschefs der Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz (Staatssekretärin Schäfer, Saarland), der Arbeits- und Sozialministerkonferenz sowie der Jugend- und Familienministerkonferenz (Staatssekretär Pott, Niedersachsen) und der Kultusministerkonferenz (Staatsrat Voges, Hamburg) beteiligt.

**Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan** sagte stellvertretend für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK): „Ich begrüße den ersten Pflegepakt für ganz Deutschland. Wir alle müssen mehr Menschen für den Beruf der Altenpflege

gewinnen. Die Menschen werden immer älter, chronische Erkrankungen nehmen zu, die Gefahr an mehreren Krankheiten gleichzeitig zu erkranken, steigt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der jungen Menschen ab. Ich freue mich besonders darüber, dass der **Bund zugesagt** hat, die **Kosten des dritten Umschulungsjahrs** wieder zu übernehmen. Niedersachsen ist direkt nach Auslaufen der Bundesförderung in die Bresche gesprungen und hat alle ausbildenden Betriebe von den Umschulungskosten freigestellt.“

Der **Präsident der Kultusministerkonferenz, Senator Ties Rabe**, erklärte: „Die Länder sehen sich in der Pflicht, die Qualität der Altenpflegeausbildung zu sichern, denn die Versorgung der ambulanten und stationären Altenpflegeeinrichtungen mit gut ausgebildetem Fachpersonal bildet die Grundlage für eine qualitativ hochwertige Pflege. Die Verhandlungen haben zu einem guten Ergebnis geführt. Ausbildungsverkürzungen bei beruflichen Weiterbildungen erfolgen nur dann, wenn sie fachlich verantwortet werden können.“

In dem rund 50 Seiten umfassenden Vereinbarungstext werden Zielvereinbarungen zu folgenden Feldern getroffen:

- Verstärkte Ausbildungsanstrengungen und bedarfsorientierte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei Einrichtungen und Schulen
- Erschließung des Nachqualifizierungspotenzials in der Altenpflege
- Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter
- Weiterentwicklung der Pflegeberufe
- Verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf /

Familie und Ausbildung in der Altenpflege

- Attraktive Arbeitsbedingungen in der Altenpflege
- Gesellschaftliche Bedeutung des Berufsfeldes durch Öffentlichkeitsarbeit fördern
- Rahmenbedingungen für die Altenpflege verbessern
- Chancen der (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit (in der EU) nutzen

**Zu den vielfältigen Zielvereinbarungen** gehören u. a. die Steigerung der Ausbildungszahlen in jedem Jahr der Ausbildungsoffensive um 10 Prozent, **die Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit für die Laufzeit der Vereinba-**

**rung** bei gleichzeitiger Stärkung der Möglichkeit zur Ausbildungsverkürzung bei entsprechenden Vorkenntnissen, die Nachqualifizierung von bis zu 4.000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zur Altenpflegekraft, die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes z. B. durch verbesserte Gesundheitsförderung, einen ausgewogeneren Personalmix, leistungsgerechte Vergütung und eine gemeinsame Kampagne zur verstärkten Wertschätzung dieses Berufsfeldes in der Gesellschaft.

Partner der Offensive sind neben den beteiligten Bundesministerien die korrespondierenden vier Fachministerkonferenzen der Länder (Arbeits- und Sozialministerkonferenz, Gesundheitsministerkon-

ferenz, Kultusministerkonferenz sowie Jugend- und Familienministerkonferenz), die Wohlfahrtsverbände, die Verbände der privaten Einrichtungsträger, die Berufs- und Fachverbände der Altenpflege, die Kostenträger, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaft ver.di und die Bundesagentur für Arbeit.

**Der offizielle Start der Offensive wird jetzt nach der öffentlichkeitswirksamen Unterzeichnung des Vereinbarungstextes vom 13.12.12 zeitnah erfolgen. Umgesetzt werden die vereinbarten Maßnahmen in einem Zeitraum von drei Jahren bis zum Ende des Jahres 2015.**

Nähere Info: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

## Hessen wirbt in Madrid um spanische Pflegekräfte

Gemeinsame Initiative von Land, Bundesagentur für Arbeit, privaten und freigemeinnützigen Arbeitgebern

(Wiesbaden/Madrid) Die Staatssekretärin im Hessischen Sozialministerium, Petra Müller-Klepper hat am 20. November 2012 in Madrid die von der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit organisierte Jobbörse „Gesundheitswesen“ eröffnet, auf der Fachkräfte für die Altenpflege in Hessen angeworben werden sollen. Die Hessische Landesregierung initiierte dieses Modellprojekt gemeinsam mit der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. Landesgruppe Hessen (bpa) und der Liga der freien Wohlfahrtspflege. „Damit werden wichtige Weichen gestellt, um dem Fachkräftemangel im Pflegebereich entgegen zu wirken und zu einer Entlastung der Pflegenden sowohl im stationären als auch im häuslichen Bereich beizutragen“, hob Staatssekretärin Müller-Klepper hervor.

„Die Vermittlung ausländischer Fachkräfte stellt einen sinnvollen Beitrag zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs dar“, betonte Peter Weißler, Geschäftsführer Operativ der Regionaldirektion Hessen. „Bereits jetzt ist die Nachfrage im Bereich der Pflege groß und wird auch aufgrund des demografischen Wandels noch weiter ansteigen. Die Entwicklung einer Willkommenskultur, in der wie in diesem Pilotprojekt auch die sozialen Aspekte berücksichtigt werden, ist hier von zentraler Bedeutung.“

Als Pilotprojekt der am 5. November 2012 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zur Fachkräftesicherung mit der Autonomen Region Madrid werden zunächst 100 Arbeitsstellen im Bereich der ambulanten und stationären Altenpflege in den Re-

gionen Marburg/Gießen und Umgebung, Offenbach und Umgebung sowie Wiesbaden und Umgebung für Fachkräfte aus der Autonomen Region Madrid bereit gestellt. Staatssekretärin Müller-Klepper betonte: „Die Hessische Landesregierung reagiert so auch auf die steigende Nachfrage nach Berufen im pflegerischen Bereich. Neben zahlreichen anderen Maßnahmen wird mit der Kooperationsvereinbarung ein weiteres Zeichen – auch für die Internationalisierung des hessischen Arbeitsmarktes – gesetzt.“

Nach Angaben der ZAV wurden in der Region Madrid 250 bis 300 Bewerberinnen und Bewerber zu der Jobbörse eingeladen. Aus Hessen nehmen etwa 30 Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen der Altenpflege teil. Über die Zusammenführung von Betrieben und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hinaus werden in dem Modellprojekt künftig Sprachkurse angeboten. Nach der Arbeitsaufnahme sollen weitere berufsbezogene Sprachqualifizierungen durchgeführt werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden außerdem bei der Integration in die neue Lebensumgebung begleitet und unterstützt.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege sieht durch das Projekt einen Gewinn für beide Seiten. Durch die Anwerbung von Pflegekräften in Spanien könne ein weiterer Beitrag zur Reduzierung des Fachkräftemangels in den hessischen Pflegeeinrichtungen erzielt werden, arbeitslose spanische Pflegekräfte erhielten einen Arbeitsplatz und somit eine Grundlage, ihre Existenz in Zeiten der wirtschaftlichen Krise zu bestreiten.

Nähere Info: [www.hsm.hessen.de](http://www.hsm.hessen.de)

## Entschließung des Landes NRW zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit

(Bonn/Düsseldorf) Die moderne Arzneimitteltherapie ist bei der Behandlung von Krankheiten sehr erfolgreich, dennoch sind mit der Anwendung von Arzneimit-

teln auch immer Risiken für die Patientinnen und Patienten verbunden. Heute hat daher die Landesgesundheitskonferenz NRW unter Mitwirkung des Aktionsbünd-

nis Patientensicherheit e.V. (APS) einen umfangreichen Katalog zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit beschlossen.



Arzneimittel sollen den Patienten nützen. Wenn sie falsch dosiert werden oder Wechselwirkungen auftreten, können sie aber auch schaden und beispielsweise zu Krankenhauseinweisungen führen. Wir wissen, dass viele unerwünschte Arzneimittelereignisse vermieden werden könnten, wenn die Medikation regelmäßig überprüft würde.“, erläutert Professor Dr. Ulrich Jaehde, Mitglied im Vorstand des APS und Vertreter des APS in der Landesgesundheitskonferenz. Der Leiter des Bereichs Klinische Pharmazie am Pharmazeutischen Institut der Universität Bonn setzt besonders auf multiprofessionelle Zusammenarbeit: „Gerade die nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe wie Apotheker und Pflegekräfte können hier wichtige Beiträge leisten. Weiter gilt es auch, die Patienten in die Lage zu versetzen, richtig mit Medikamenten umzugehen.“

Die Landesgesundheitskonferenz unter Leitung der Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens befürwortet besonders die Apotheke als Schnittstelle der Bemühungen, alle verordneten Medikamente und die Selbstmedikation der Patientinnen und Patienten zu erfassen. Dies soll mithilfe eines persönlichen Medikationsplans erfolgen, den die Patientin/der Patient z.

B. wie seine Versichertenkarte immer mit sich tragen kann. Nach dem Grundsatz „weniger ist mehr“ soll die Arzneimittelversorgung älterer Menschen kritischer als bisher erfolgen. Zudem soll eine verbesserte Aus-, Fort- und Weiterbildung des medizinischen, pharmazeutischen und pflegerischen Personals erfolgen.

„Mit diesem Bündel an Maßnahmen wollen wir zum einen die Sicherheit für Patientinnen und Patienten, zum anderen aber auch die Verordnungssicherheit für Ärztinnen und Ärzte erhöhen“, so Steffens.

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. als fachkundige Organisation hat die Landesgesundheitskonferenz in ihrem Maßnahmenkatalog zur Arzneimitteltherapiesicherheit fachlich begleitet. Ein Schwerpunkt ist dabei der Umgang mit der Polymedikation. „Das APS konnte hier seine Fachexpertise einbringen und vor allem die unabhängige und überparteiliche Beratung. Die Zusammenarbeit war ein erfolgreiches Beispiel für die kontinuierliche Arbeit des APS zum Thema Patientensicherheit“, führt Hardy Müller aus, der Geschäftsführer des APS.

Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz sind unter anderem die Kammern der Ärztinnen und Ärzte, der Zahnärz-

tinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, die Verbände der Krankenkassen, die Rentenversicherungsträger, die Krankenhausgesellschaft, Selbsthilfe- sowie Patientinnen- und Patientenvertretungen, die Freie Wohlfahrtspflege, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen.

#### Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V.

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. (APS) ist ein Netzwerk, das sich für eine sichere Gesundheitsversorgung in Deutschland aktiv einsetzt. Beteiligte aus allen Gesundheitsberufen und -institutionen, Patientenorganisationen und Interessierte haben sich zusammengeschlossen, um in gemeinsamer Verantwortung konkrete Lösungsvorschläge zur Steigerung der Patientensicherheit im medizinisch-pflegerischen Versorgungsalltag zu entwickeln, die als Handlungsempfehlungen allen Akteuren im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen.

[www.aktionsbuenndnis-patientensicherheit.de](http://www.aktionsbuenndnis-patientensicherheit.de)

## Patientenrechtegesetz vom Bundestag verabschiedet

(Berlin) Das „Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten“ (Patientenrechtegesetz) wurde am 29.11.2012 in 2./3. Lesung vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Das Patientenrechtegesetz bündelt erstmals die Rechte von Patientinnen und Patienten und entwickelt sie in wesentlichen Punkten weiter.

Dazu erklärte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Die Neuregelungen sorgen für mehr Transparenz, von der alle Patientinnen und Patienten profitieren. Erstmals werden Informations- und Aufklärungspflichten gesetzlich verankert. Jeder kann jetzt ins Gesetz schauen und weiß sofort, welche Rechte und Pflichten ihn treffen. Das Informationsgefälle zwischen Behandelnden und Patientinnen und Patienten wird endlich ausgeglichen. Patientinnen und Patienten müssen vor der Behandlung umfassend informiert werden, insbesondere welche Untersuchungen anstehen und welche Therapien beabsichtigt sind – und zwar so, dass es verständlich ist. Auch haben Patienten zukünftig das Recht, ihre vollständige Patientenakte einzusehen. Die Neuregelungen stellen sicher, dass die Patientenakte nicht nachträglich manipuliert wird. Diese verbesserten Aufklärungs- und Informationspflichten führen für die Patienten ganz konkret zu einer erheblichen Beweiserleichterung, wenn Behandlungsfehler im Raum stehen. Einwilligungs-

unfähige Patienten sollen stärker in das Behandlungsgeschehen eingebunden werden. Sie sollen grundsätzlich über wesentliche Umstände der vorgesehenen Maßnahme in verständlicher Weise in Kenntnis gesetzt werden. Die Stärkung der Rechtsposition von Patientinnen und Patienten ist nicht länger ein bloßes Versprechen, sondern wird nun endlich Realität.“

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Zöllner erklärte: „Das Patientenrechtegesetz ist das moderne Fundament für ein immer komplizierteres Gesundheitswesen. Es stellt die dringend benötigte Transparenz über die Rechte und Pflichten aller Beteiligten her. Auf dieser Informationsgrundlage werden die Patienten zu gleichwertigen Partnern und ein vertrauensvolles Miteinander zur Regel. Darüber hinaus werden die neu verankerten Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme eine neue Fehlerkultur befördern. Und nicht zuletzt werden die Rechte der Patienten gegenüber den Krankenkassen erheblich gestärkt: Sie müssen bei einem Behandlungsfehlerverdacht helfen und über Leistungen innerhalb von drei Wochen entscheiden - sonst gelten sie als genehmigt. Damit vermeiden wir unnötige Konflikte und schaffen eine noch bessere, sicherere sowie schnellere Versorgung. Das dient einem Ziel: der Gesundheit aller.“

Das Gesetz steht unter [www.bmj.de](http://www.bmj.de) und [www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de) zur Verfügung.



## Urlaubsanspruch trotz langer Krankheit

Wer auf der Arbeit langfristig ausfällt, muss anschließend nicht auf bezahlten Jahresurlaub verzichten. Für den Urlaubsantrag gilt zudem eine besondere Frist.

Krankheitstage zählen für den Urlaubsanspruch genauso wie Arbeitstage. „Das ist auch so, wenn der Arbeitnehmer ein ganzes Urlaubsjahr krank war“, so Anja Girschik von der Magdeburger Beratungsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Nach der neuesten **Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (Aktenzeichen 9 AZR 353/10)** müsse der Urlaub aber spätestens 15 Monate nach Ende des Kalenderjahrs genommen werden. Urlaubsansprüche aus dem Jahr 2012 zum Beispiel verfallen bei Langzeitkranken also erst nach dem 31. März 2014.

Diese Regelung stellt Langzeitkranke zwar besser als normale Arbeitnehmer, die ihren Urlaub spätestens bis Ende März des nächsten Jahres nehmen müssen. An-

dererseits sorgt sie dafür, dass Kranke ihre Urlaubsansprüche nicht mehr unendlich ansammeln können. **Diese Auffassung wurde vom Europäischen Gerichtshof bestätigt.**

Recht auf bezahlten Urlaub hat ein kranker Mitarbeiter sogar, wenn er eine befristete Erwerbsminderungsrente bezieht und das Arbeitsverhältnis aufgrund einer Regelung im Arbeitstarif ruht. Im Fall von Bernd L. kam es zum Streit mit dem Arbeitgeber, weil dieser ihm nachträglich keinen Urlaub geben wollte. Herr L. ist schwerbehindert und war im Job lange ausgefallen. „Die Sachlage ist eindeutig“, erklärte Girschik, die Bernd L. beraten hat. „Wenn der Arbeitnehmer seinen Urlaub nach Rückkehr in den Job rechtzeitig anmeldet, muss der Arbeitgeber ihn gewähren.“

UPD-Tipp: Ab einem Behindertengrad von 50 Prozent bekommen schwerbehinderte Arbeitnehmer fünf Urlaubstage



mehr. Keinen Anspruch auf zusätzliche Tage haben Arbeitnehmer mit einem Behindertengrad ab 30 Prozent – auch wenn sie ansonsten den Schwerbehinderten rechtlich gleichgestellt sind.

Jan Bruns (UPD)

Weitere Info: [www.upd-online.de](http://www.upd-online.de)

## Frauensolidarität - 20 Jahre Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz

(Mainz) Der Landesfrauenrat Rheinlandpfalz (LFR Rhld-Pflz) hat am 17.11.2012 sein 20jähriges bestehen mit einem Festakt in den Räumen des ZDF in Mainz gefeiert.

Der DPV ist seit Gründung des LFR Rhld-Pflz 1992 aktiv hierin vertreten und tätig im Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit. Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin a.D., verdeutlichte in ihrem Eröffnungsvortrag, dass weiterhin gesellschaftspolitische Fragen offen sind um ein ausgewogenes Miteinander in Beruf und Gesellschaft zu gestalten. Die soziale Schere im Bereich der Altersarmut und Frauenarbeit, gehe weiterhin zu lasten der Frauen negativ auseinander.

Die ehemalige Bundesfamilienministerin verwies hier insbesondere auf die Verantwortung der Sozialpolitik für ein gerechtes Gegengewicht zu sorgen, wenn Frauen aufgrund einer Familienphase zeitlich befristet aus dem Beruf aussteigen.

Im ausgebauten ZDF Veranstaltungszentrum verwies Frau Kaiser, stellvertretend für den Intendanten des ZDF, auf die Verantwortung der einzelnen Unternehmen in der Personalpolitik familiensolidarisch tätig zu werden.

Der DPV wird sich auch weiterhin für frauenpolitische Themen engagieren und insbesondere die gesundheits- und pflegerelevanten Themen aus Sicht seiner MitgliederInnen aktiv vertreten.



V.l.n.r.: Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin a.D., Ulrike Kahl-Jordan, Vors. LFR Rhld-Pfalz

## Film VERGISS MEIN NICHT

Der Regisseur David Sieveking porträtiert in VERGISS MEIN NICHT mit äußerstem Feingefühl, in ausgewogener Balance von Nähe und Distanz, seine an Alzheimer erkrankte 73-jährige Mutter. Die Sensibilität, der Humor und die weit über den Einzelfall weisende Intensität machen den Film zu einem Ereignis.

David Sieveking entdeckt durch die Gedächtnisstörung seiner Mutter Gretel den Schlüssel zu ihrer Vergangenheit, zur Geschichte ihrer Ehe und zu den Wurzeln der gemeinsamen Familie. Liebevoll und mit zärtlicher Distanz dokumentiert

er ihren geistigen und körperlichen Abbau und seine Versuche, ihr das Leben zu erleichtern. Mit viel Sinn für kleine Gesten und für den Zauber des Augenblicks schafft er ein feinfühlig heiteres Familienporträt: die würdevolle, niemals rührselige Reise durch ein Menschenleben, an dessen Ende ein Anfang steht, in dem die Familie neu zueinander findet.

VERGISS MEIN NICHT ist ein Film über Alzheimer-Demenz – eine Erfahrung, die viele Familien erschüttert und verändert.

VERGISS MEIN NICHT ist ein Film über die Liebe – zwischen Mutter und Sohn, Eltern und Kindern, Mann und Frau.

VERGISS MEIN NICHT – persönlich, warmherzig, humorvoll und optimistisch.

Der Film wurde beim **65. Festival del Film Locarno 2012** in der Reihe Semaine de la Critique uraufgeführt, wo der Film den Hauptpreis gewann.

VERGISS MEIN NICHT wird am **31. Januar 2013 in den deutschen Kinos** starten.

## Veranstaltung

### Kongress Pflege 2013 am 25. und 26.01.2013

im **Maritim proArte Hotel Berlin, Friedrichstr. 151 mit**

- 18. Pflege-Recht-Tag
- Pflegemanagement-Kongress
- Pflegepraxis aktuell

**Schwerpunktthemen sind u.a.:**

- Führung und Personalentwicklung,
- Mobbing am Arbeitsplatz
- Fallsteuerung bei immer weniger examinierten Pflegekräften
- Neuordnung der Verantwortungen in der Heilkunde
- Blick über den Tellerrand: Pflege in Europa
- Patientenrecht

Darüber hinaus ist eine Podiumsdiskussion geplant und es finden verschiedene Workshops/Seminar statt.

**Nähere Info:** Andrea Tauchert, Springer Medizin, Heilberufe-Kongressorganisation, Tel.030/82787-510, Mail: andrea.tauchert@springer.com.



Bei Teilnahme erhalten Sie 6 Punkte im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegender pro Tag

## DPV-Jubilare

### 35 Jahre Mitgliedschaft

Arnold, Hildegard, Waldbrunn  
Guthardt, Elke, Weilburg

### 30 Jahre Mitgliedschaft

Skierka, Corina, Hünstetten  
Benner, Hans-Jürgen, Scheuerfeld  
Hoffmann, Christine, Frankfurt  
Hofmann-Gadalean, Renate, Aschaffenburg

### 25 Jahre Mitgliedschaft

Ruf, Peter, Hofheim  
Langenstein, Bettina, Schöffengrund

Jung, Ursula, Waldesch  
Collmann, Agnes, Kirchhain,  
Schmidt, Axel, Greifenstein  
Boos, Gerhard, Pirmasens  
Schaefer, Udo, Bad Wildungen  
Roth, Angela, Göcklingen,  
Eberle, Birgit, Neubiberg  
Schelly, Bärbel, Lohra-Altenvers  
Heck, Hubert, Neuerburg

### 20 Jahre Mitgliedschaft

Kettermann, Ruth, Trier  
Dettenrieder, Brigitte, Frankfurt  
Hofmann, Anja, Neumagen-Dhron  
Theisen, Vera, Hausen-Bitze  
Borschein-Zimmermann,



Annegret Fluterschen  
Profittlich, Raphaele, Sinzig  
Gädtker, Andrea, Plöthen  
Wirthwein, Dorit, Bad Neustadt  
Hansel, Gerd, Sülzfeld

**Herzlichen Glückwunsch!**

## DPV

Hauptgeschäftsstelle  
Mittelstraße 1  
56564 Neuwied

Telefon: 0 26 31/83 88 -0  
Fax: 0 26 31/83 88 -20

E-Mail:  
Info@dpv-online.de

Sie finden uns auch im WEB  
www.dpv-online.de

Hier finden Sie  
viel Interessantes und  
Aktuelles.

Für unsere Mitglieder wurde ein  
spezieller  
Mitgliederbereich  
geschaffen und der  
Zugriff erfolgt über  
das Kennwort:

User:  
**Mitglied**  
Kennwort:

Besuchen Sie uns!  
Über Ihre  
Mitarbeit und/oder  
Anregungen  
würden wir uns  
freuen.

### Impressum

Herausgeber:  
Deutscher Pflegeverband (DPV);  
V.i.S.d.P. Rolf Höfert

Redaktionsanschrift:  
Deutscher Pflegeverband (DPV),  
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied  
Tel.: 02631/8388-0  
Fax: 02631/8388-20  
Internet:  
http://www.dpv-online.de  
Email: info@dpv-online.de

### DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus  
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH,  
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin,  
Tel.: 030/5472 2110  
E-mail: kropp.hauptstadtbuero@  
dpv-online.de

### DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Marion Mielsch  
E-mail:  
marion.mielsch@t-online.de  
Fax: 07 735/93 772 429

### DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ilona Metzler  
Krankenhaus Barmherzige Brüder  
Romanstr. 93, 80637 München  
Tel.: 0 89/17 971 903  
E-mail: Imetzler@barmherzige-  
muenchen.de

### DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Uwe Kropp, EKH,  
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin,  
Tel.: 0 30/5472 2110  
E-mail:kropp.hauptstadtbuero@  
dpv-online.de

### DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Frank Tost  
Seniorenpflegeheim Mittelfeld  
Am Mittelfelde 100,  
30519 Hannover  
E-Mail: dpv-point-nieder-  
sachsen@kabelmail.de  
Tel.: 0 511 / 87 964-119  
Fax: 0 511 / 87 964-127

### DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Annemarie Czerwinski  
Bertha-Bagge-Str. 55  
60438 Frankfurt  
Tel.: 069/761 904  
E-mail: amalee@t-online.de  
Wichtig: Bitte bei Anfragen als  
Betreff „DPV-Anfrage“

### DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
Tel.: 02 631/83 88-0  
Fax: 02 631/83 88-20  
E-mail: info@dpv-online.de

### DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Ilona Groß  
E-mail: ilonagross@web.de

### DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Melitta Daschner  
Blattstr. 12  
66564 Ottweiler

### DPV Service-Point für Sachsen

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Brigitte Urban-Appelt  
Tel.: 03 514 215 400  
Fax: 03 514 245 441  
E-mail: b-bau@gmx.de

### DPV Service-Point für Thüringen, Sachsen-Anhalt

Deutscher Pflegeverband (DPV)  
c/o Martina Röder  
Tel.: 036 331/35 101  
E-mail: m.roeder@senioren-  
pflege-neanderlinik.de

DPV – ganz nah  
und aktuell

### KURZ notiert

---



---



---



---



---



---



---



---



---



---



---

Gemeinsam sind wir stark!  
Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch  
Kolleginnen und Kollegen überzeugen!  
Fordern Sie Infomaterial an!





Die Leitmesse der Pflegewirtschaft

# ALTENPFLEGE 2013

**Nürnberg, 9. – 11.4.2013**

**JETZT VORMERKEN:  
IHR TERMIN  
DES JAHRES 2013!**

- › Für Ihr Know-how: Fachkongresse und Workshops.
- › Für Ihren Betrieb: innovative Produkte für die gesamte Branche.
- › Für Ihr Netzwerk: fachlicher Austausch auf höchstem Niveau.
- › Für Ihren Erfolg: Karrierecenter mit Jobbörse.

**[altenpflege-messe.de](http://altenpflege-messe.de)**



NÜRNBERG MESSE



VINCENTZ